

Tarnung aufgefliegen

Deutsche Neonazis organisieren «Combat and Survival»-Ausbildungscamps. Mit dabei ein Fahrzeug mit Schweizer Militärkennzeichen.

Seite 2

Jahresrückblick 2007

Die rechtsextreme Szene stagniert, so die Bundespolizei, auf «hohem Niveau» – kein Grund zur Beruhigung, wie etwa der skrupellose Anschlag auf das Antifaschistische Festival in Bern zeigt.

Seite 5

Rassismus und Neofaschismus in Russland

«Wir sitzen in einem brennenden Boot, und niemand weiss, ob es langsam oder rasant sinken wird oder wir in der Lage sein werden, es zu retten», sagt Vera Kirsanova zur Situation in Russland.

Seite 7

Rechtsextreme Waffenliebe im Visier

Die Symbiose zwischen Unmenschlichkeit und Maschine

Waffen und Rechtsextremismus – das passt irgendwie zusammen. Diese unheilige Allianz zwischen Mensch und Maschine tritt in verschiedenster Form in Erscheinung. Manchmal in Liedtexten von Rechtsrock-Bands, manchmal bei Tötungsdelikten. Wir haben die gesamte Bandbreite des Waffenfetischs abgeklappert und uns Gedanken zum Hintergrund der rechtsextremen Waffenliebe gemacht.

Das Posieren mit Waffen scheint den eigenen Marktwert von Rechtsextremen zu steigern, wie ein Blick in einschlägige Kontaktbörsen verrät. Erst mit der Waffe ist man ein ganzer Mann, so die Bildmessage. Einige werben verumumt und mit nacktem Oberkörper für ihre Gunst bei der rechtsgesinnten Weiblichkeit. Anderen bauen sich Waffenaltäre mitten im Wald und stellen sich davor als eiserne Ritter mit White-Power-Flagge, ganz im Stile von «The Lord of the Rings». Daneben entdecken wir in diesen Internetforen auch immer wieder die Knarre-Wampe-Pit-Bull-Posen. Ohne Waffe fühlen sich diese rechtsextremen Männer offensichtlich nicht attraktiv genug. Aber hinter dieser Freude an Waffen verbirgt sich mehr als mangelndes Ego. Die Liebe zur Waffe führt uns zum Kern der rechtsextremen Ideologie, deren Ziel letztlich die (gewaltsame) Zerstörung von allem, was «fremd und anders» ist. Der Wunsch nach Zerstörung von dem, was nicht in die Norm- und Ordnungsvorstellungen dieser Menschen passt. Und zum Zerstören eignen sich Waffen vorzüglich.

Die Waffe in der Hand

Die Liebe zur Waffe äussert sich in rechtsextremen Kreisen auf verschiedene Art und Weise. Wie bereits bei den Kontaktbörsen festgestellt, sind Waffen ein beliebtes Accessoire zur Selbstinszenierung. Auch in Fanzines, auf CD-Covers, in Katalogen rechtsextremer Klamottenversände und in einschlägigen Flugblättern sind Waffen ein beliebtes Sujet. Sie sind die stetigen Begleiter von darin porträtierten Menschen und Figuren. Vielerorts präsentieren sich Rechtsextre-

me mit Sturmgewehren, mit Baseballschlägern oder antiken Waffen. Auch in Rechtsrock-Liedern wird die Liaison mit diesen Mordinstrumenten besungen. Beispielsweise im Lied «Eidgenosse Harus» des Schweizer Liedermacher-Duos «Die Eidgenossen»: «Schlagt die Trommel, schwingt die Fahnen, holt aus den Gräbern die streitbaren Ahnen. Richtet die Waffen zum heiligen Krieg, weckt den Ruf, der zu lange schon schwieg», singen Sacha Kunz und Marco Schwarz mit weinerlicher Stimme – und sie folgen damit einem Trend. Der (Alp-)Traum vom bewaffneten Kampf, Seite an Seite mit den

in der Szene. Es wird eifrig gesammelt, weiterverkauft und damit rumposiert. Bereits 1981 tauchte in der «Schweizer Illustrierte» eine Bilderreihe des rechtsextremen Waffensammlers Peter Saunders auf. Das Mitglied der damaligen Zürcher Kameradschaft «Adlerhorst» posierte mit Hitlergruss vor seinen Waffen und Nazi-Devotionalien. Nicht nur recherchierende JournalistInnen werden gelegentlich fündig, auch die Polizei hebt in regelmässigen Abständen Waffensammlungen von Neonazis aus. Etwa im Februar 2005, als im Umfeld der Kameradschaft «Helvetische Jugend», die im Oberaargau

rechtsextreme und andere Waffenliebhaber sind die vom Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) inszenierten «Volk meets Army»-Anlässen, angefangen bei Flugshows bis hin zu Armeematerial-Ausschussbörsen. Dort wo es Tarnanzüge, Waffen und ausrangierte Armeefahrzeuge zu kaufen gibt, treffen sich Armeefetischisten zum gemeinsamen Shopping. Unter ihnen ist immer wieder eine stattliche Anzahl von Neonazis anzutreffen. Bei solchen Gelegenheiten werden die Waffen- und Armeematerialsammlungen erweitert und ausgebaut. Und wenn sich dort das Richti-



SD-Nationalratskandidat Roland Wagner beim Schiessstraining mit Neonazis aus Deutschland

ominösen Ahnen, erfreut sich in diesen Kreisen grosser Beliebtheit. Gerne werden auch Soldaten abgebildet. Der Hang zur Verherrlichung vergangener Kriege und verbrecherischer «Kriegshelden», vornehmlich aus NS-Streitkräften, ist augenfällig und spricht allein schon Bände.

Die Waffe an der Wand

Der Schritt von Waffendarstellungen zur eigenen Waffe ist nahe liegend. So steigert der Besitz von Waffen offensichtlich den eigenen Marktwert

und im ländlichen Luzern beheimatet ist, ein ganzes Waffenarsenal sichergestellt wurde. Neben Schrotflinte und Elektroschockgerät wurden auch Teile von Armeegranaten gefunden. Ein vergleichbarer Waffenfund ereignete sich im Dezember 2007, als bei einer Gruppe von Rechtsextremen aus Genf neben Nazi-Propaganda auch Waffen und Munition sichergestellt worden sind. Die Gruppe war Ende 2007 wegen Raubüberfällen ins Visier der Polizei geraten. Ein etwas anderes Tummelfeld für

ge nicht findet, suchen sich die rechtsextremen Waffensammler ihre Liebhaberstücke in Läden oder einschlägigen Internet-Tauschbörsen zusammen. So auch Thomas Wermelinger, ein langjähriges Hammerskin-Mitglied aus der Innerschweiz, der gerne auch auf dem öffentlichen Internetportal «waffen.ch» Ausschau nach gesuchten Schiessseisen hielt.

Bewaffnet fürs «Vaterland»

Die Affinität der Rechtsextremen zur (Schuss-)Waffe hat aber noch viel

Editorial

Lieber Leserinnen und Leser

Das Schweizer Fernsehen DRS zeigte in der Nacht des 6. Oktobers 2007 einen Bericht über Rechtsextreme, die unter der Flagge der SVP an der Kürzestdemo mitmarschierten. Auf die Frage, was sie vom linken Widerstand gegen den «Marsch auf Bern» halten, antworteten die Neonazis: «Die sollte man an die Wand stellen und erschiessen». Ein Kommentar, der nicht einschüchtern darf, aber aufrütteln muss.

Dass Rechtsextreme gerne mit Waffen hantieren ist kein Zufall, sondern bereits in deren Weltbild angelegt. Wer von der Überlegenheit des Stärkeren überzeugt ist, der ist vielfach auch davon fasziniert diese «Stärke» mit Waffengewalt durchzusetzen. Diese Faszination reicht von der Verherrlichung militärischer Einrichtungen bis hin zum eigenen Griff zu Waffe. Vielfach in erster Linie zur Selbstdarstellung. Sich mit Schusswaffen abzubilden ist in der extremen Rechten äusserst beliebt. Beispielsweise in dem man das eigene Schiessstraining filmt und ins Netz stellt.

So geschehen vor wenigen Wochen, als ein Video der Gruppe Nationale-socialiste Suisse (NNS) auf YouTube auftauchte. Darin ballert ein junger Mann mit Sturmhaube und Handfeuerwaffe auf die Schiessscheibe eines Schützenkellers. Unterlegt wurde der Videoclip mit Rechtsrock-Klängen und eingblendeten Nazi-Symbolen.

Das aktuelle Lautstark! geht der Frage nach, woher diese «Waffenliebe» in der extremen Rechten kommt und wohin sie führen kann.

Viel Spass beim Lesen!
Eure Antifa



Posen vor White-Power-Flagge

brutalere Gesichter. Immer wieder kommt es vor, dass Rechtsextreme auch Schüsse aus ihren Waffen abfeuern. Häufig als Hobby-Schützen in Schützenvereinen – quasi in geschütztem Rahmen. Roland Wagner, ein Neonazi, der im Herbst 2007 als SD-Mann für den Nationalrat kandidierte, lud zu solchen Schiessübungen sogar befreundete Neonazis

aus Deutschland ein. Das gemeinsame Training am Schweizer Armeesturmgewehr wurde im August 2007 von Antifas gefilmt und publik gemacht. Aber Wagner ist nur ein Exempel unter vielen. Dass Rechtsextreme in Schweizer Schützenvereinen den Umgang mit Waffe üben, ist ein alarmierender Tatbestand. Und manchmal wird aus «Übung»

Ernst. In der Nacht vom 10. auf den 11. Juli 2000 feuerte ein Rechtsextremer rund 110 Schüsse auf das von HausbesetzerInnen bewohnte Soltermann-Fabrikareal im Berner Marzili-Quartier ab. Die Schützen beschafften sich ihre Munition und eine der Tatwaffen beim Schiessstand Schliern-Platten, wo einer der Täter im Schützenverein aktiv war. Danach fuhren sie mitten in der Nacht zur linken Wohngemeinschaft und ballerten mit Serienfeuer auf das Gebäude, in welchem sich fünf BewohnerInnen aufhielten. Dass niemand von diesen im Kugelhagel getötet oder verletzt wurde, grenzte an ein Wunder. Nach ihrer Verhaftung gaben die Täter als Tatmotiv «Abneigung gegen Linke» an. «Wir können sie ja gleich umlegen, statt nur zu verklopfen», dies die Aussage des damals 20-Jährigen Rechtsextremen und aktiven Jungschützen. Der jüngste Schusswaffenvorfall auf politische Gegner ereignete sich vor drei Jahren am Bahnhof in Thun. Damals feuerte ein stadtbekannter Thuner Neonazi mehrere Schüsse auf einen linken Jugendlichen ab. Das Opfer erlitt einen Oberschenkeldurchschuss, die anderen Projektile verfehlten glücklicherweise ihr Ziel.

Rechtsextrem + Waffe = Überlegenheit?

Waffen und Gewalt scheinen zumindest in gewissen Kreisen der extremen Rechten ein wichtiger Bestandteil der eigenen Identität zu sein. Diese wird in verschiedener Form ausgelebt: Angefangen bei der inflationären Darstellung von Menschen mit Waffen bis hin zu Mordversuchen mit solchen. Dass sich Unmenschlichkeit gut mit der Liebe zu Tötungsinstrumenten verbinden lässt, ist nahe liegend.

Weshalb aber sind Waffen so faszinierend für Neonazis? Mit der Waffe in der Hand werden verschiedene Gefühle befriedigt: Technikfreude und Machismus, Gewaltgelüste und das Gefühl, in einer überlegenen Position zu sein. Der Glaube an die eigene Überlegenheit wird im Rechtsextremismus durch das Recht des Stärkeren begründet. In dieser Logik gelten Menschen, die physisch stärker sind, als etwas Besseres und dürfen deshalb über «minderwertige» Menschen verfügen. Und damit diese Logik auch wirklich aufgeht, hilft man der eigenen «Stärke» mit kleineren und grösseren Waffen ganz unbescheiden nach. Mit der Waffe

wird also die eigene Wehrfähigkeit und physische Stärke demonstriert. Zwei Eigenschaften, die insbesondere für das Männerideal in der extremen Rechten grundlegend sind. Schliesslich ist die Vorstellung vom Kampf für die Heimat und die «weisse Rasse» in diesen Kreisen wegleitend. Sich selber sehen sie als eine Art Krieger.

Die Tatsache, dass Rechtsextreme über Waffen verfügen und diese auch nutzen, ist bedenklich. Hinzu kommt, dass jeder Militärdiensttuender ein Sturmgewehr zuhause in der Ecke stehen hat. Und das sind heutzutage, wo psychiatrisches Gutachten, Dienstverweigerung und Zivildienst als Alternativen bestehen, zu einem grossen Teil rechts(extrem) Gesinnte. Ein erster Schritt wäre, dass diese Waffen in den Zeughäusern aufbewahrt würden. Ein zweiter Schritt wäre, dass die Armee, die Waffen und die Rassen der Vergangenheit angehören würden. Zwischen Schritt eins und zwei muss allerdings noch nach einer gangbaren Lösung gesucht werden. Waffen nieder und Nazis ins Zeughaus?

Tarnung aufgefliegen

Neonazis ballern und robben mit Schweizer Armeematerial

Da hilft auch kein Tarnanzug: Die Schweiz wurde im vergangenen Jahr Schauplatz von «Combat and Survival»-Ausbildungscamps, organisiert von deutschen Neonazis. Mit dabei ein Fahrzeug mit Schweizer Militärkennzeichen.

Es scheint, als haben deutsche Neonazis im Bedürfnis nach Abenteuer und Schlammrobben einen lukrativen Erwerbszweig entdeckt, wie das Antifaschistische Infoblatt im Spätsommer 2007 enthüllte (AIB 3.2007). Sie betreiben Handel mit Militärausrüstungen und bieten Scharfschützerausbildung, Kampfsport- und Überlebenstrainings an – alles professionell und in legalem Rahmen. Auf ihrer Webseite werben die «Blood & Honour»-Aktivisten mit Bildern von Männern beim Schiesstraining in Tarnanzügen. Weitere Fotos zeigen Kämpfer, als Laubbäume und Büsche verkleidet, auf Undercover-Mission – ein visuelles Highlight.

Doch nicht nur der Umstand, dass diese paramilitärisch anmutenden Abenteuer camps von Rechtsextremen geleitet werden, ist brisant: Ein Bilderordner auf der Internetseite fichtete Trainings in der Schweiz. In einer Szenerie posiert eine Gruppe Männer in Militäruniform um ein Fahrzeug mit Schweizer Armeekennzeichen und lädt Material für die nächste Übung aus.

Strategischer Rückzug?

Mitte August 2007, kurz nach dem die deutsche Zeitschrift AIB führende Personen der «Combat & Survival School» unter die Lupe genommen hat und die Verbindungen zur «Blood & Honour»-Szene publik machte, verschwanden alle Namen und Kontaktadressen von der Homepage. Die Internetseite wurde komplett überarbeitet und auf ein Minimum an Informationen zurückgestutzt. Zufall? Oder wurde den OrganisatorInnen die Angelegenheit zu heiss?

Jedenfalls herrscht seither Brachland-Stimmung auf der Seite. Zukünftige Campdaten werden nicht mehr veröffentlicht, und dem Gästebuch fehlen jegliche Einträge. Auch die ausführlich dokumentierende Fotoseite zu den verschiedenen Lehrgängen ist verschwunden, womit auch die Bilder von «Combat & Survival»-Camps in der Schweiz nicht mehr eindeutig als solche markiert sind. Alles erscheint sehr konspirativ, weder unter dem Link «Ausbildner» noch «Kontakt» wird man schlauer. Alle Kontaktadressen sind verschwunden, und auch das Auto mit dem Schweizer Militärkennzeichen ist nicht mehr auf Anhieb zu finden.

Von Neonazis instruiert

Wer steckt hinter den Organisatoren

und Ausbildnern der «Combat & Survival School» und «Warrior Survival School» mit ihren paramilitärischen Zügen? Als Trainer werden Personen aus dem Neonazi-Milieu angepriesen, die auch im Zusammenhang mit NPD-Aufmärschen oder freien Kameradschaften aufgefallen sind.

Einer der genannten Ausbildner ist Hannes Knoch, ein bekannter «Blood & Honour»-Aktivist aus Deutschland. Im März 2008 wurde er zusammen mit sechs weiteren Personen für die Weiterführung der in Deutschland verbotenen Organisation verurteilt. Neben einem Tattoo-studio («Bulletproof-Tattooing») das er mit seinem ebenfalls zu einer Geldstrafe verbrummten Kumpel Hannes Franke führt, betreibt er einen Online-Shop für Militärausrüstung mit elitärem Anspruch. Knoch profitiert von seinem weitläufigen Kontaktnetz und übernimmt eine Scharnierfunktion zwischen der Neonaziszene und dem Kampfsport-Milieu.

Die Durchführung von Trainingscamps durch externe Firmen, die von der Schweizer Armee ideell und wohl auch materiell unterstützt werden, ist gang und gäbe. Sie fungieren auf der Homepage des Departements für Verteidigung Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Auch die Tatsache, dass das Militär ein zunehmendes



Schweizer Militärauto mit dem Kennzeichen M 8549

(Abgrenzungs-)Problem zu rechtsextremen Aspiranten hat, ist kein Novum. Doch wie gelangt ein Schweizer Militärfahrzeug auf ein Foto, das einen «Combat & Survival»-Lehrgang dokumentiert, der von Führungspersönlichkeiten aus dem deutschen «Blood & Honour»-Zirkel angeboten wurde?





Nation unter Waffen

Die rechtsradikale Milizbewegung in den USA

Sie heissen «Michigan Militia», «Arizona Patriots», «Southeastern Ohio Defense Force», «Big Star One», «Militia of Montana» oder «Aryan Nations». Gemeinsam ist ihnen ein kruder Mix aus bizarren Verschwörungphantasien, militanter Regierungsfeindlichkeit, offenem Antisemitismus und dem unerschütterlichen Glauben an die weisse Vorherrschaft. Dies macht die rechtsradikalen Bürgerwehrbewegung in den USA auch für Europas extreme Rechte attraktiv.

Tatort Oklahoma City: Am 19. April 1995 explodiert vor dem achtstöckigen Alfred P. Murrah Federal Building ein mit Sprengstoff beladener Lastwagen. Der Sitz mehrerer Regierungsbehörden wird durch die Detonation nahezu zerstört, 168 Menschen kommen ums Leben. Die Tragödie rückt schlagartig die US-amerikanischen Militias ins Licht einer breiten Öffentlichkeit – obwohl bis heute strittig ist, ob die rechtsgerichteten Attentäter Timothy McVeigh und Terry Nichols tatsächlich Mitglieder der Milizbewegung gewesen sind.

Doch beginnen wir von vorne: Rechtsgerichtete paramilitärische Verbände haben Tradition in den USA. Bekannteste Beispiele sind der 1865 gegründete rassistische Geheimbund «Ku-Klux-Klan» (KKK) mit seinem organisierten Terror gegen Schwarze in den Südstaaten oder die in den 1980er-Jahren vor allem im Mittleren Westen starke Organisation «Posse Comitatus» (lateinisch für «Macht der Landkreise»), die den Landkreis-Sheriff als oberste Autorität betrachtete, die höheren Instanzen (Bundesstaat- und US-Regierung) aber als illegitim ablehnte.

«Combat and survive»

Kräftigen Schwung erhält die vor sich hin dümpelnde Hassgruppen-Bewegung Anfang der 1990er-Jahre, als vielerorts Bürgermilizen ins Leben gerufen werden, die sich mit Waffenübungen, Survival-Trainings in freier Natur, Nahkampf- oder Guerillataktiken, aber auch mit permanenter Mitgliederwerbung und offener Aufwiegelei (vor allem im Internet) beschäftigen. Die Initialzündung für die Renaissance der Militias geben zwei Ereignisse – die Festnahme eines «Aryan Nation»-Anhängers, der sich 1992 tagelang in einer abgelegenen Berghütte im

US-Bundesstaat Idaho verschanzt hat, und der blutige Angriff des FBI auf die Psycho-Sekte «Branch Davidians» bei Waco, Texas, 1993 – sowie der Versuch des frisch gewählten, demokratischen US-Präsidenten Bill Clinton, den in der Verfassung verankerten Privatbesitz an Schusswaffen zu regulieren. «Waffenkontrolle heisst Volkskontrolle», so der Tenor in der aufkeimenden Militia-Szene. Klammerbemerkung: Clintons «gun control»-Politik bleibt zaghaft – 1994 lässt er 19 Typen von Semiautomatikwaffen auf die schwarze Liste setzen, Laufzeit der Massnahme: zehn Jahre.

Die Milizbewegung wächst unheimlich schnell: Mitte der 1990er-Jahre, dem Höhepunkt der Militias, existieren in den USA bereits gut 800 paramilitärische Gruppen, verteilt über mindestens 40 Bundesstaaten. Die US-amerikanische Organisation «Anti-Defamation League of B'nai B'rith» (Liga gegen Diffamierungen) schätzt die Zahl der in den Militias aktiven Mitglieder 1995 auf rund 15'000, während andere Quellen von bis zu fünf Millionen Militia-Mitgliedern sprechen. Tatsächlich dürfte der entschlossene harte Kern der Bewegung, die eigentlichen gewalttätigen und aufrührerischen «Kampf»-Milizen, zu diesem Zeitpunkt bloss einige tausend Personen zählen. Ungleich grösser ist aber sein Umfeld: die so genannt «redenden» Milizen, denen es in erster Linie um den Widerstand gegen Waffenverbotsgesetze oder vom Staat erhobene Einkommenssteuern geht und weit weniger um das Vorantreiben einer christlich-patriotischen Revolution.

Weites Spektrum

Die Motive der heterogenen Militia-Bewegung decken ein weites Spektrum von regierungsfeindlichen Überzeugungen ab, verknüpft mit religiösem Hass und rassistischer Intoleranz. Der US-amerikanische Terrorexperte Bruce Hoffman macht 2001 in seinem Buch «Terrorismus. Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt» folgende verbindende inhaltliche Elemente aus: Feindschaft gegen jede Form der Regierung oberhalb der Kreisebene; Verunglimpfung von Juden und Nichtweissen als Kinder Satans; eine wahnhafte Besessenheit im Hinblick auf die Durchsetzung einer religiösen und rassistischen «Reinigung» der Vereinigten Staaten; Glaube an eine Verschwörungstheorie, wonach mächtige jüdische Interessen die Regierung, die Banken und die Medien kontrol-

lieren; Befürwortung des Sturzes der US-Regierung oder der «ZOG» (Zionistische Besatzungsregierung/Zionist Occupation Government), wie die Patriot-/Militia-Gruppen sie diffamierend nennen – ein Begriff, der auch Eingang ins Vokabular der europäischen Neonaziszene gefunden hat.

Es bleibt nicht bei Hasspredigten und Aufwiegelei – zumindest in drei Fällen werden der Milizbewegung gewalttätige Bestrebungen nachgewiesen: Im Juli 1996 verhaftet die Polizei im US-Bundesstaat Arizona zwölf Mitglieder der «Viper Militia», die Anschläge auf sieben Bundesverwaltungsgebäude in der Hauptstadt Phoenix vorbereitet und dazu bereits ein umfangreiches Sprengstoffarsenal angelegt haben. Im Oktober desselben Jahres gehen der Behörde zur Kontrolle von Alkohol, Tabak und Feuerwaffen (BATF) drei Anhänger der «Militia-at-Large for the Republic of Georgia» ins Netz. Die Gruppe soll die Ermordung von höheren Beamten geplant und möglicherweise sogar Angriffe auf die Olympischen Spiele in Atlanta in Erwägung gezogen haben. Bereits 1995 hat die Polizei sieben Mitglieder der «West Virginia Mountaineer Militia» dingfest gemacht, welche das Computerzentrum des FBI in West Virginia in die Luft sprengen wollten.

Zenit längst überschritten

Das rechtzeitige Aufdecken dieser Anschlagpläne, mehrere Verhaftungsaktionen aber auch gescheiterte Versuche, die Militias untereinander besser zu vernetzen, schwächen die Milizbewegung in der Folge. Doch verbreiten zahlreiche dieser Gruppen bis heute ihr rassistisches und antisemitisches Gedankengut im Internet oder veranstalten Trainingscamps – vor allem im Mittleren Westen der USA.

Immer auch hat die US-amerikanische Milizszene eine grosse Faszination auf Gesinnungsgenossen diesseits des grossen Teichs ausgeübt: Die terroristische Organisation «Combat 18», der bewaffnete Arm des internationalen Neonazinetzwerks «Blood & Honour» in Grossbritannien, hat sich beispielsweise ganz offen am Vorbild der Militias orientiert. Die Gruppe, die ihren Namen aus dem ersten und dem achten Buchstaben des Alphabets – also den Initialen Adolf Hitlers – ableitet, wird verantwortlich gemacht für eine ganze Reihe von gewalttätigen Anschlägen, Morden sowie Mordversuchen.

Trittbrettfahrer

«Blood and Honour-Parade im Bilderbuchort»

Die rechtsextreme Szene möchte das Drama um die getötete fünf-einhalbjährige Ylenia nutzen, um mit einer Demonstration «gegen Kinderschänder» am 13. Oktober 2007 in Appenzell Werbung in eigener Sache zu machen. Die Trittbrettfahrer-Strategie erleidet Schiffbruch: Die Behörden widerrufen im Vorfeld die Bewilligung, die PR-Aktion mit erhoffter breiter Mobilisierung verkommt zur «Blood and Honour-Parade – eine unappetitliche Angelegenheit.

Am 19. September 2007 zieht der Bezirksrat Appenzell die ursprünglich erteilte Erlaubnis für die Demonstration zurück, nachdem ruchbar geworden ist, dass nicht bloss eine Einzelperson – Marina Rechsteiner aus Wiedlisbach BE –, sondern mehrere rechtsextreme Organisationen wie die «Freie Nationale Kameradschaft Schweiz-Germania», der «Kampfbund Nationaler Aktivistinnen» (KNA) und einige Sektionen der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) hinter dem geplanten «Gedenkmarsch» stehen. Die Behörden fürchten um die öffentliche Sicherheit im Bilderbuchort. Auch wollen sie nicht, dass die Angehörigen von Ylenia in ihrer Trauerarbeit gestört werden.

700 Meter hin, 700 Meter zurück

Gut 100 Rechtsextremistinnen und -extremisten sind es, die am 13. Oktober dem Widerruf der Bewilligung trotzen und sich auf die von den Behörden nach Verhandlungen zugelassene, unattraktive Miniroute begeben: vom Brauereiparkplatz zum Hallenbad, wo Ylenia entführt worden ist, und wieder zurück. Ein stattliches Polizeiaufgebot riegelt den Appenzeller Dorkern hermetisch ab, aus den Reihen der zahlreichen Schaulustigen ertönen vereinzelt «Pfui»-Rufe.

Die teils verummumten Neonazis, einige davon im Look der «Autonomen Nationalisten», tragen ihre Gesinnung auf Transparenten, Plakaten und T-Shirts offen zur Schau. Das Fronttransparent «Blood & Honour Schweiz» wirbt für den hiesigen Ableger des internationalen, klandestin operierenden Neonazinetzwerks. «Kinderschänder sind nicht heilbar!» prangt auf einem Transparent, ein Strick ergänzt den Spruch. Und: «Für alle Länder – Todesstrafe für Kinderschänder» ist auf T-Shirts zu lesen.

Couragierte Antifaschistinnen und Antifaschisten aus der Region dokumentieren den Nazi-Spuk minutös – und reissen mit ihren vorzüglichen Fotoaufnahmen einige der beteiligten Aktivistinnen und Aktivisten aus der Anonymität: Aus der Stadt Bern angereist ist etwa der Nazi-Skin Ruben Kurt, er trägt während des Umzugs eine schwarze Fahne. Gut vertreten in Appenzell ist die Aargauer Neonaziszene: So präsentiert sich die «Kameradschaft Baden-Wettingen» (KBW), die im Juli 2005 in Baden-Dättwil einen «Liederabend» mit den Duos «Annett und Michael» und «Die Eidgenossen» organisiert hat, im Einheitslook. Tamara Häfliger, Renee aus Rothrist, ihrerseits hat eine Handvoll süddeutscher Kameradinnen und Kameraden in die Schweiz gelotst, zum Beispiel Sophie Michel und Heiko Flöter vom «Freikorps Baden».

PNOS-Vorstand: Kalte Füsse gekriegt

Die scene-interne Bilanz der rund einstündigen Aktion fällt nicht nur schmeichelhaft aus, wie die Debatte in einschlägigen Neonazi-Foren in den Tagen danach zeigt: «Sauberer und disziplinierter Auftritt wäre ein wenig anders gewesen, da gab es Leute die haben geraucht während dem Gedenkmarsch, dann habe ich Leute gesehen welche eine Flasche Schnaps bei sich hatten», tippt sich ein Beteiligter in Rage. Nicht begeistert ist man insbesondere über das Fehlen der PNOS-«Prominenz»: «Es ist halt einfacher sich in dem Medien mit fremden Sachen zu schmücken um sich ins Rampenlicht zustellen wie die Lady D. Friedrich als am Sa den Arsch aus dem Bett zu kriegen und auch hinter der gross angekündigter sache zustehn.»

In der Tat glänzen an diesem Samstag Parteixponentinnen und -exponenten wie Denise Friederich, Dominic Bannholzer oder Michael Haldimann durch Abwesenheit. Der triftige Grund für die kollektive Absenz: Die PNOS-Spitze, gegen welche zu diesem Zeitpunkt ein Gerichtsverfahren wegen Verletzung der Antirassismus-Strafnorm (diskriminierendes Parteiprogramm) läuft, kann sich weitere negative Publicity nicht leisten.





Ohne Katz-und-Maus-Spiel

Konzertparadies Kanton Bern

Die Häufigkeit sowie die Durchführungart von Rechtsrock-Konzerten im Berner Mittelland verdeutlichen die Toleranz von Behörden und VermieterInnen und verweisen zudem auf den relativ hohen Organisationsgrad der lokalen extremen Rechten, deren «Stützpunkt» sich aktuell einmal mehr in Langenthal befindet.

Die Auseinandersetzungen am Rande der Auftritte von «Legion of Thor» (De), «XXX» (De), «Eugenik» (De) und «Kraftschlag» (De) verursachten szenieintern den meisten Diskussionsstoff. Das eigentlich beschauliche Wimmis im Berner Oberland erlebte am Abend des 15. März 2008 um ein Haar gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Exponenten der verfeindeten rechtsextremen Organisationen «Blood & Honour» (B&H) und den «Schweizer Hammerskins» (SHS). Dass gemeinsame Besuche von Konzerten auch mit einem Abbruch dieser enden können, zeigte sich beispielsweise am «Helvetischen Klangsturm» vom 11. Juni

2005: «Es gab mehrere Verletzte und Sachbeschädigungen, die Polizei reagierte sofort und stürmte das Kulturzentrum und beendete die Veranstaltung» (Fehler im Original). Laut einem Bericht über die «Musikveranstaltung» in Wimmis sei es der «Konsequenz der Veranstalter» – wobei es sich nach Angaben der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) um «Freie Aktivisten und die PNOS Berner Oberland» gehandelt hat – zu verdanken, dass es nur einige Leichtverletzte und kleine Sachbeschädigungen gegeben habe. Das Konzert konnte wie geplant stattfinden, und die rund 250 BesucherInnen kamen in den zweifelhaften Genuss, die deutsche Band «Kraftschlag» in einer speziellen Besetzung spielen zu hören. Neben Alexander Rohrbach – eigentlich Gitarrist bei «Indiziert» – spielte auch Mario Friso mit, dessen PNOS-Parteikamerad Jordi de Kron (Vorsitzendes der PNOS-Sektion Berner Oberland), die zum Nazikonzerthotel umfunktionierte und zur Schulanlage «Chrümig» gehörende Halle angemietet hatte. Die Beweggründe, für die dann doch noch ver-

hinderte Prügelei, schildert ein anderer Besucher wie folgt: Den Exponenten von «28» (B&H) sei der Einlass zum Konzert verwehrt worden, auch wenn sie «ohne jegliche Schlägereiabsichten» angereist seien. So kam es zu «Tumulten» und «heissen Diskussionen». Später «forderte man mehrere Person aus dem SHS Umfeld auf, sich zu stellen und den Bruderkrieg in einem 10 gegen 10 auszutragen, die verlierende Seite wird ihre Organisation auflösen und gut ist es».

Wenig Empörung in der Öffentlichkeit

Eine öffentliche Auseinandersetzung über den Anlass sowie das Verhalten der Polizei oder der Schulbehörde fand einmal mehr kaum statt, was aufzeigt, dass Konzerte dieser Art ausserhalb der extremen Rechten nahezu kein Diskussionsthema mehr sind. Wohl auch dank der Medienmitteilung der «Antifa Oberland» sah sich die Berner Kantonspolizei gezwungen, wenigstens ein kurzes Communiqué zu veröffentlichen,

worauf dann auch die lokalen Medien ihre sich immer gleichenden Berichte verfassten.

Das am Schleusungspunkt in Muri BE postierte Polizeiaufgebot war zwar nicht zu übersehen, änderte am Verlauf des Konzertabends im Berner Oberland jedoch nichts. Etwas anders ging die Polizei drei Wochen später bei einem nächsten Neonazi-Konzert vor: «Ca fait chier quand on pense à ce que ça aurait pu être, mais on est quand même vainqueur car un concert a quand même eue lieu avec une super ambiance.» Den ursprünglich geplanten Veranstaltungsort im Raum Yverdon mussten die Veranstalter kurzfristig aufgeben, und so erstaunte weder die verwaiste Autobahnraststätte noch das kleine dort anzutreffende Polizeiaufgebot. Anstelle von gross angelegten Verkehrs- und Personenkontrollen an Schleusenpunkten können die jeweils doch so überraschten wie überforderten Dörfer und Gemeinden, die doch so unwillkommenen Rechtsextremen einfach durch die Kündigung des Veranstaltungsortes loswerden.

Damit löst sich das eigentliche Problem zwar nicht, jedoch braucht sich keine Ortschaft mehr um ihren Ruf zu fürchten – aus den Augen, aus dem Sinn? Mehr oder weniger spontanes Umplanen war angesagt, damit die drei Bands «The Kriminals» (It), «Legitima Offesa» (It) und «Indiziert» (CH) am 5. April doch noch zu ihrem Auftritt kamen. Die Verlegung des Veranstaltungsortes in den Kanton Bern, genauer nach Roggwil, lässt sich sowohl durch das zuvorkommende Vorgehen der hiesigen Kantonspolizei, Behörden und den diversen VermieterInnen als auch den vergleichsweise hohen Organisationsgrad der mittelländischen extremen Rechten erklären. Dieses Mal diente zudem der Treffpunkt in der ehemaligen Porzellanfabrik in Langenthal als Ausgangs- und Stützpunkt, was zusätzlich den Stellenwert verdeutlicht, den solche Räumlichkeiten für die rechtsextreme Szene als Ganzes und ihre Aktionsfähigkeit besitzen.

Wo sich die extreme Rechte zuhause fühlt...

Das Städtchen Burgdorf und sein Rechtsextremismus-Problem

Burgdorf wird gerne als attraktiver Lebens- und Wohnort angepriesen, nicht zu nah und nicht zu fern von den Zentren der Welt. Sowohl im Bildungs-, im Verkehrs- als auch im Energiebereich gilt Burgdorf als Modellstadt: Ein verschlafenes Provinzstädtchen für junge, kleinstädtische Familien. Und dennoch – oder gerade deshalb – gerät Burgdorf immer wieder im Zusammenhang mit Rechts-Extremismus in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

Der Burgdorfer Gemeinderat, allen voran Stadtpräsident Haldimann, sieht sich darum des Öfteren genötigt Burgdorfs angekratztes Kleinstadtbild wieder gerade biegen zu müssen. Unlängst wurde gar eine fragwürdige Gewaltstudie beim Psychologen Allan Guggenbühl in Auftrag gegeben. Dieser schaffte es, aller Kritik zum Trotz, Burgdorfs Probleme mit Gewalt und Rechtsextremismus zu negieren. Und dies obwohl auch neuere Beispiele eindeutig aufzeigen, dass die Stadt sehr wohl ein Problem mit Gewalt und vor allem Rechtsextremismus hat. Neben regelmässigen Angriffen von Neonazis auf Andersdenkende an den Stadtfesten Korn-

hausmesse und Solätte, dient die fast menschenleere Altstadt nämlich häufig als Schauplatz von Übergriffen oder Ansammlungen von Exponenten der extremen Rechten.

Rechtsrock-Konzert in 4-Sterne-Hotel

Auch kurz vor Weihnachten 2007 musste die Burgdorfer Oberstadt wieder einmal als Treffpunkt dieser Szene hinhalten: Als Weihnachtsfeier getarnt, veranstaltete die ursprünglich aus Burgdorf stammende Rechtsrock-Band Indiziert am 22. Dezember 2007 ein Konzert im Stadthauskeller. So konnten sich über 100 Rechtsextreme, kaum behelligt von Polizei und Behörden, ungestört im Untergeschoss des 4-Sterne-Hotels Stadthaus tummeln. Der Stadthaus-Verantwortliche Stefan Kläy leugnete damals, gewusst zu haben, dass Indiziert der rechtsextremen Szene angehört. Dies obwohl er selber auch gerne in der rechten Burgdorfer Teddy-Szene verkehrt. Da sich die extreme Rechte und die Teddy-Szene in Burgdorf zumindest teilweise vermischen, fällt es etwas schwer zu glauben, dass besagter Herr Kläy so ahnungslos war, wie er dies beteuerte.

Kein Aufschrei

Bei besagtem Konzert zum Jahresausklang handelte es sich schon um den zweiten solchen Anlass in der Burgdorfer Oberstadt. Bereits im Sommer 2006 war es der Band gelungen, einen Keller zu mieten und vor kleinem Publikum aufzutreten. Was damals noch zu einem öffentlichen Aufschrei führte, scheint heute kaum jemanden mehr zu stören: Obwohl lokale PolitikerInnen 2006 noch beteuerten, dass es solche Anlässe nicht mehr geben darf, lassen die Burgdorfer Behörden die extreme Rechte gewähren. Der Auftritt von Indiziert Ende Dezember 2007 wurde sowohl von den Burgdorfer Behörden als auch von den Medien und EinwohnerInnen schlichtweg ignoriert.

Einer der Konzertbesucher, Markus Martig aus Alchenflüh, machte dieser Tage aus anderen Gründen von sich reden: Martig, ehemaliges Mitglied der Nationalen Offensive, heute bei den Hammerskins aktiv, stellte sich als Vorsitzender der im Februar 2008 neu gegründeten PNOS-Sektion Emmental vor. Bislang scheint die Partei in der Region aber noch nicht sonderlich aktiv zu sein. Aufmerksam-

keit wurde der Sektion eher von anderer Seite zuteil: Eine Stadträtin der Grünen Freien Liste liess abklären, ob das Logo der Emmentaler PNOS-Sektion nicht ein Missbrauch des Stadtwappens darstelle. Dieses Vorhaben wurde nun an den Gemeinderat überwiesen, und eine genaue Überprüfung dürfte einige Zeit auf sich warten lassen. Allem Anschein nach will das offizielle Burgdorf auch weiterhin nicht

ernsthaft gegen sein Rechtsextremismus-Problem vorgehen und lieber wie bisher alle Vorfälle unter den Teppich kehren. So kann nur gehofft werden, dass sich die EinwohnerInnen Burgdorfs der Lösung dieses Problems selber annehmen werden.



Das zum Konzertlokal umfunktionierte 4-Sterne-Hotel Stadthaus

Jahr der Brandstifter und Biedermänner

Jahresrückblick 2007

Demonstrationen, Konzerte und Anschläge: Der Trend der letzten Jahre bestätigte sich auch 2007; die Neonazis suchten die Öffentlichkeit und schreckten auch vor Bombenanschlägen nicht zurück.

Laut der Statistik der Bundespolizei sind die rechtsextremen Vorfälle in der Schweiz im vergangenen Jahr auf «konstant hohem Niveau» stabil geblieben, numerisch bei 106 Ereignissen. Auch die Zahl der aktiven rechtsextremen Personen ist unverändert bei 1200 festzulegen. Das Zentrum der Aktivitäten mit mehr als der Hälfte aller Vorfälle bleibt das Mittelland mit geografischen Schwerpunkten in den Kantonen Aargau und Solothurn.

So weit so gut, ein Grund zur Beruhigung sind diese Zahlen aber nicht. Eingang in die oben erwähnte Statistik finden nämlich nur Vorfälle, welche zur Anzeige gebracht oder von der Polizei selbst wahrgenommen worden sind. Ein Ereignis wie etwa der Brandbombenanschlag während des zweiten Antifaschistischen Festivals in der Grossen Halle der Reitschule Bern wird wohl keinen Eingang in die Statistik gefunden haben, da es nicht eindeutig einer rechtsextremen Täterschaft zugeordnet werden konnte.

Brandbombe gegen Antifa-Festival

Der Anschlag auf das Antifa-Festival war an Feigheit kaum zu überbieten: Am Abend des 4. August 2007, kurz vor Mitternacht, wurde während eines Konzerts ein verdächtiger Rucksack entdeckt. Dieser war neben dem Mischpult mitten in der Grossen Halle deponiert worden. Einigen der rund 1500 BesucherInnen, die sich zu diesem Zeitpunkt in der Halle aufhielten, war ein starker Benzingeruch aufgefallen, worauf der Rucksack nach draussen gebracht wurde und kurze Zeit später in einem grossen Feuerball aufging. Der Raum wurde evakuiert, die weiteren Konzerte wurden abgesagt. Es ist nicht auszu-denken, was passiert wäre, wenn der Rucksack noch in der Halle detoniert wäre. Ein Anschlag mit diesen Mit-

teln zielt klar auf das Leben von zig Menschen ab – eine neue Dimension von rechtsextrem motivierter Gewalt.

Ein weiterer feiger Überfall ereignete sich am 25. Juni in Glarus, als 30 bis 40 Rechtsextreme die bewilligte Kundgebung der Juso (JungsozialistInnen) «für ein buntes Glarnerland ohne Rassismus» in einem öffentlichen Park angriffen. Mit Flaschen, Reizstoffen und mit Sand gefüllten Handschuhen wurden die friedlichen Demonstrierenden attackiert und zum Teil verletzt. Nach kurzer Zeit zogen sich die Neonazis zurück und verschwanden mit Autos.

Diese zwei Anschläge sind nur die Spitze des Eisberges, welche den Organisationsgrad und die Gewaltbereitschaft – wohlverstanden gegen Leib und Leben – aufzeigen, mit welcher die Neonazis gegen Menschen vorgehen, die nicht in ihr stumpfes und verachtendes Weltbild passen. Fast jeden Tag gibt es rechtsextrem motivierte Vorfälle, ganz abgesehen vom latenten Rassismus, welcher im Fahrwasser der erfolgsverwöhnten Schweizerischen Volkspartei SVP die Geister erobert.

Der Gang an die Öffentlichkeit

Es ist nichts Neues, dass Neonazis auch die Strasse als Plattform zur Verbreitung ihrer Ideologie nutzen. Neben ihren traditionellen Stelldich-eins wie der Gedenkfeier zur Schlacht von Sempach oder der 1.-August-Feier auf dem Rütli traten sie letztes Jahr auch an der offiziellen 1.-Mai-Demo in Aarau oder an der SVP-Demo in Bern am denkwürdigen 6. Oktober auf.

Während sie bei diesen Anlässen als mehr oder weniger - oder auch nicht - unerwünschte MitläuferInnen auftraten, ist es ihnen auch gelungen, eigene Demonstrationen auf die Beine zu stellen. Zu nennen sind etwa die Demonstration gegen Kinderschänder in Appenzell oder die Demo gegen «Multikulti» in Schwyz. Die Saison der rechtsextremen AufmarschtouristInnen begann im letzten Jahr am 1. Mai: Als «Nationale Kräfte Aargau» marschierten ExponentInnen der Partei National Orientierter Schweizer PNOS, des Kampf-

bundes Nationaler Aktivistinnen KNA und der Schweizer Demokraten an der offiziellen 1.-Mai-Demo der Gewerkschaft in Aarau unter dem Transparent «Gemeinsam gegen Globalisierung, Wirtschaft für das Volk» mit und verteilten Flugblätter mit klar rechtsextremistischem Inhalt. Darunter befand sich auch Roland Wagner, damaliger Nationalratskandidat der Aargauer Schweizer Demokraten. Das Ganze geschah weitgehend unbemerkt, von Seiten der VeranstalterInnen wurde nicht eingegriffen. Es war nicht das erste Mal, dass Rechtsradikale versuchten, den 1. Mai als Tag der «nationalen Arbeit» auszulegen und für ihre mitunter oberflächlich kapitalismuskritische Propaganda zu missbrauchen. Bereits zwei Jahre zuvor demonstrierten Neonazis am 1. Mai in Aarau.

Rund zwei Monate später, am 30. Juni, fand die alljährliche Gedenkfeier zur Schlacht von Sempach statt. Die Schlacht ereignete sich Juli 1386 als Höhepunkt des Konflikts zwischen den Eidgenossen und den Habsburgern. Die Gedenkfeier bezieht sich mitunter auf die Heldensage von Arnold von Winkelried, welcher sich während der Schlacht angeblich heldenhaft in den Speerhagel der Habsburger geworfen haben soll, um damit eine Bresche für den eidgenössischen Gegenangriff zu schlagen – ein geschichtswissenschaftlich widerlegter Mythos, welcher neben der Gründungssage vom Rütli für neonazistische Geschichtsrevisionisten in der Schweiz von zentraler Bedeutung ist und als Heldentat verehrt wird. Alljährlich pilgert deshalb eine stattliche Zahl von Neonazis an die von bürgerlichen Kreisen organisierte Feier und wird dort auch noch geduldet. So auch im letzten Jahr, als rund 160 Faschisten am Grabe des vermeintlichen Helden Winkelried einen Kranz niedergelegt haben. Auch das Rütli hat 2007 nichts von seiner Anziehungskraft auf RechtsextremistInnen verloren. Der Zugang zur offiziellen Feier am 1. August blieb ihnen jedoch, bis auf eine Handvoll, die es trotz der Hürde der ausgewählt verteilten Eintrittskarten auf die Wiese schafften, verwehrt. Einige versuchten, auch ohne Ticket in Gummi- und Motorbooten zum Rütli zu gelangen, wurden aber allesamt von der Seepolizei aufgehalten. Am Abend des Nationalfeiertages feierten schliesslich rund fünfzig RechtsextremistInnen in einer Waldhütte in Bonstetten ZH. Als grausiger Schlusspunkt zogen sie gegen zehn Uhr abends mit Fackeln durch Adliswil ZH.

Das Rütli stand jedoch weiter im Fokus: Ein Aufmarsch am 1. August blieb zwar wie erwähnt aus, die Partei National Orientierter Schweizer PNOS organisierte aber am 5. August ein «Bräteln des nationalen

Widerstandes», welchem rund 300 Gleichgesinnte beiwohnten. Beim «Bräteln» allein blieb es aber erwartungsgemäss nicht, zum Programm gehörten auch hetzerische, revisionistische und antisemitische Reden.

Autonome Nationalisten?

Im Dezember 2006 wurde zum ersten Mal eine Kundgebung der PNOS bewilligt, eine Platzkundgebung gegen den geplanten Minarettbau in Langenthal («Stoppt die kulturfremden Bauten»). Die Strategie, mit Bewilligung zu demonstrieren, wurde im letzten Jahr vermehrt verfolgt. Wohl auch mit dem Ziel, damit auf breitere öffentliche Akzeptanz zu stossen. So geschehen im Oktober im Kanton Appenzell. Im Sog der medialen Präsenz rund um den «Fall Ylenia» versuchten freie Kameradschaften und das rechtsextreme Netzwerk «Blood & Honour», sich die öffentliche Empörung zunutze zu machen und Sympathiepunkte zu sammeln. Ein beliebtes, aber auch sehr durchschaubares Manöver. Schliesslich marschierten trotz wieder zurückgezogener Bewilligung gut 100 Neonazis durch Appenzell. Auffallend: Die Demonstrierenden traten im Kleiderstil der Autonomen auf. Schwarze Kleidung, Vermummung und schwarze Fahnen. Ein Trend, welcher in Deutschland schon seit längerer Zeit Tatsache ist. Die Abwendung vom klischeehaften Neonazi mit Springerstiefel, Bomberjacke und Glatze manifestiert sich nicht nur im Alltag, sondern auch an Demonstrationen.

Für den 8. März 2008 reichte wiederum die PNOS eine Bewilligung für eine Demonstration in Schwyz ein. Unter dem rassistischen Motto «Volksgemeinschaft statt Multikultur – Stoppt die Masseneinbürgerung» wurde mobilisiert. Eine Bewilligung wurde zwar letztlich nicht erteilt, was die PNOS aber nicht von ihrem Vorhaben abbringen konnte. Bereits am 2. März zogen allerdings nur bescheidene 30 Personen unbewilligt durch Schwyz.

Im Gleichschritt mit...

Auch die an Nationalismus und Führerkult schwer zu überbietende Wahlkundgebung der SVP in Bern vom 6. Oktober hat zahlreiche bekennende RechtsextremistInnen angezogen. Die Übergänge zwischen Führungsriege und Fussvolk der politisch etablierten SVP und der klassischen Neonazis sind fliessend, was sich nicht nur am gemeinsamen Auftreten erkennen lässt. Die Schnittmenge der Gemeinsamkeiten ist wohl grösser als die der Streitpunkte. Die SVP hat im Wahlkampf 2007 ihr wahres Gesicht mit aller Deutlichkeit gezeigt: Eine Fratze aus Fremdenhass, Rassismus und faschistischen Tendenzen. Es verwundert deshalb wenig, fühlen

sich auch die prügelnden Eiferer pudelwohl an einer Kundgebung der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die SVP als etablierte Kraft ebnet mit ihrer Politik den Boden für offen rechtsextremistische Haltungen. Ein starkes Zeichen dagegen wurde bereits am 6. Oktober gesetzt. Es gilt jedoch auch in Zukunft, das Blickfeld vermehrt vom ganz rechten Rand hin zur SVP zu öffnen und die beängstigenden Entwicklungen dieser Partei zu beleuchten und zu bekämpfen.

...und im Schatten der SVP

Optisch hat die PNOS im vergangenen Jahr weiter zugelegt: Mit der neu gegründeten Sektion Emmental hat die Partei nun sieben Sektionen in sechs Kantonen. Realpolitisch bleibt ihr Einfluss aber weiterhin minim. Sie hat zwar mit dem Gemeinderats-sitz von Dominik Bannholzer in Günsberg SO und dem Langenthaler Stadtrat Tobias Hirschi immer noch zwei politische Mandate inne, welche in diesem Herbst bestätigt werden müssten, aber ihr Wirken ist nicht wahrnehmbar. Insbesondere das Abstimmungsverhalten von Tobias Hirschi sorgt selbst bei der Langenthaler SVP für Stirnrunzeln, stimmt er doch des Öfteren gegen sie. In Tat und Wahrheit bleibt beim aktuellen Kurs der SVP auch wenig Platz für eine rechte Splittergruppe auf dem etablierten Politikfeld; die Themenfelder sind von der grössten Partei der Schweiz ganz im Sinne einer PNOS besetzt. Widerstand tut Not, vor allem auch gegen die SVP. Die PNOS ist als Partei gescheitert, scheint sich aber vermehrt als Dreh- und Angelpunkt der Szene zu etablieren – von der Partei- zur Bewegungsstruktur. So trat sie in jüngster Zeit auch als Konzertveranstalterin auf. Wenig verwunderlich, stellt sie mit ihrer Hausband «Indiziert» doch die derzeit aktivste und bekannteste Schweizer Rechtsrock-Band.

Musikveranstaltungen bleiben ein zentrales Element der rechtsextremen Szene. An den bierseligen Konzerten wird die Propaganda unter die Leute gebracht und insbesondere auch das junge Publikum angesprochen. Kontakte können geknüpft und Freundschaften gepflegt werden. Umso bedenkllicher ist, dass etwa das von der PNOS organisierte Konzert in Wimmis BE vom 16. März 2008 in der Turnhalle einer Schulanlage stattfand oder der Auftritt von «Indiziert» am 22. Dezember im 4-Sterne-Hotel «Stadthaus» in der Burgdorfer Oberstadt. Behördenunfähigkeit par excellence, begnügt man sich doch jeweils mit den Zusagen der Veranstaltenden, dass alles ruhig über die Bühne gehen werde. Die Schweiz blieb auch 2007 ein Konzertparadies, es verging kaum ein Monat ohne hetzerisches Konzert.



Neonazis im Autonomen-Look in Appenzell



«In der Bewegung über Selbstbestimmung reden»

Ein Vertreter der französischen Antifa-Organisation SCALP steht Red und Antwort

Der Kampf gegen rechtsextreme Organisationen sei sinnlos, wenn er nicht in Verbindung steht mit dem weiterreichenden Kampf gegen die Werte, welche sie verteidigten. Dies ist die feste Überzeugung eines Vertreters der französischen Antifa-Gruppierung SCALP, welcher im Interview einen vertieften Einblick in die Aktivitäten der Extremen Rechte in unserem Nachbarland gibt und über mögliche Alternativen zum herrschenden System spricht.

Lautstark: Ihr nennt euch SCALP. Was bedeutet das?

Dieser Name hat Geschichte. Die Idee stammt aus Toulouse, als 1984 autonome Antifaschisten eine Demonstration gegen den Präsidenten des Front National (FN) organisierten. Die Demo lief unter dem Titel «Widerstand der Indianer». Ein Flugblatt beschrieb die Faschos als «Bleichgesichter», die Polizisten als «Blauröcke» und die AntifaschistInnen als entschlossene «IndianerInnen», welche den Kojoten Le Pen jagen wollten. Dieser Flyer wurde mit SCALP «Section Carrément Anti-Le Pen» («Sektion klipp und klar gegen Le Pen») unterzeichnet. Dieser Name war eigentlich nur als Witz gedacht, die Indianerinszenierung hatte jedoch einen so grossen Erfolg, dass SCALP einige Monate später der Name einer neu gegründeten radikalen antifaschistischen Gruppe wurde. Darauf entstanden spontan weitere SCALP-Gruppen, und da die radikalen AntifaschistInnen nicht nur gegen den FN kämpften, sondern auch in soziale Kämpfe, beispielsweise gegen Polizeigewalt oder der Unterstützung der ImmigrantInnen, involviert waren, änderte sich die Bedeutung der Abkürzung. So entstand «Section Contre-Attaque À La Peur» («Sektion zum Angriff gegen die Angst»), «Section Contre-Attaque À La Passivité» («Sektion zum Angriff auf die Passivität»), «Section Carrément Active contre les Parties Politiques» («Sektion gegen die Parteien»), «Section Carrément À La Plage» («Sektion ohne zu zögern an den Strand»), «Section Carrément Anti-Laurence Parisot», («Sektion gegen die Präsidentin des Arbeitgeberverbandes»). Ich muss jedoch hier anfügen, dass viele Gruppen in unserem Netzwerk «No Pasaran» sich nicht oder nicht mehr so nennen.

Welches sind eure Ziele, welches eure Mittel?

Der Kampf gegen rechtsextreme Organisationen ist sinnlos, wenn er nicht in Verbindung steht mit dem weiterreichenden Kampf gegen die Werte, welche sie verteidigen: Hierarchien, politische Ungleichheiten, Fremdenfeindlichkeit. Der Kapitalismus beinhaltet diese Werte auch.

Darum gilt für uns, dass ein AntifaschistIn auch AntikapitalistIn sein muss. Unabdingbar ist der kritische Blick auf die Arbeitswelt, ist diese heute doch wie nie zuvor soziale Kontrolle und Lockvogel zugleich. Konkreter: Wir glauben, dass wir unsere Analyse vom Kapitalismus in der Praxis testen müssen. Deshalb ist die Suche nach Alternativen und deren Umsetzung eine Kernaufgabe unserer Gruppe. Jede Gruppe unseres Netzwerkes «No Pasaran» versucht, ihre praktischen Tätigkeiten den lokalen Gegebenheiten angepasst in den Kampf anderer sozialer Bewegungen einzubringen. Auf Netzwerkebene publizieren wir monatlich ein Heft, veröffentlichen weitere Texte (Bücher, Infobroschüren) und verteilen Propagandamaterial. Wir funktionieren selbstverwaltet und unabhängig. So besitzen wir eine Wanderkantine, welche oft im Rahmen sozialer Kämpfe (Sans-Papier- oder Studentenbewegung) eingesetzt wird. Sie ermöglicht uns, im Herzen der Proteste über Selbstverwaltung, Preisgestaltung oder die Abhängigkeit von den Nahrungsmittelproduzenten zu diskutieren.

schen, sowie die Tendenz der «Flics» zu Rassismus, machen aus jedem Menschen mit dunkler Hautfarbe einen potenziellen Verbrecher. Man kann hier eine weitere Neuerung anfügen: Mit dem neu geschaffenen «Ministerium für nationale Identität und Immigration» übernimmt die neue Regierung eine Idee aus dem Parteiprogramm des FN, welche darin besteht, aus MigrantInnen eine Gefahr für die Identität und kulturelle Stabilität des Landes zu machen. Diese Ideologie versucht Sarkozy, heuchlerisch zu kaschieren, indem er beispielsweise mit der Justizministerin Rachida Dati Personen ausländischer Herkunft in die Regierung aufnimmt. Diese Personen haben jedoch wie er übertriebene Ambitionen und dieselbe ultraliberale Einstellung.

Stichwort «soziale Kämpfe»: In der Schweiz hörte man nur wenig über den Streik der Eisenbahner und fast nichts über den der Studierenden. Was ist geschehen?

Die Eisenbahner versuchten, den Angriff auf ihr Rentensystem abzuwehren. Dieses wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch den «Con-

es ähnlich aus: Es gab grosse Demonstrationen und Fakultätsblockaden gegen dieses neue Gesetz, welches die Universitäten völlig vom Kapital der Geschäftswelt abhängig macht. Doch die Medien ignorierten diese Bewegung, und ein Berater Sarkozys sagte sogar: «Ein Studentenstreik existiert nicht, da die Studierenden gar nicht arbeiten.» Die Polizei, unterstützt von privaten Sicherheitsdiensten, räumte mit unverhältnismässiger Gewalt die Blockaden der Studierenden. Die grösste Studentengewerkschaft UNEF, welche noch im Sommer führend war bei der Organisation der Proteste, rief im Herbst dazu auf, weitere Protestaktionen zu unterlassen, da sie nun mit dem Ministerium verhandeln würde. Beide sozialen Kämpfe sind zwei eher entmutigende Beispiele, da sie klar aufzeigen, wie ungleich die Kräfte zwischen oben und unten derzeit verteilt sind. Andererseits zeigte es vielen Menschen, dass man die Politik nicht in die Hände der grossen politischen Organisationen legen darf, und es wurden vor allem im letzten Sommer basisdemokratische Ideen gelebt und in einigen Bahnhöfen und Universitäten selbstverwaltete Organisationsformen in die Realität umgesetzt.

Trotz einer erhöhten Stimmbeteiligung verlor der Front National viele Stimmen. Wie erklärt ihr euch sein schlechtes Abschneiden?

Eines ist klar, Le Pen wird eines Tages von der politischen Bühne verschwinden, aber man muss seinen Tod abwarten. Bis zu seinem letzten Atemzug wird er diese Partei, die er zwar nicht selber gegründet hat, aber die im Laufe der Geschichte zu seinem Spielzeug wurde, an der kurzen Leine halten.

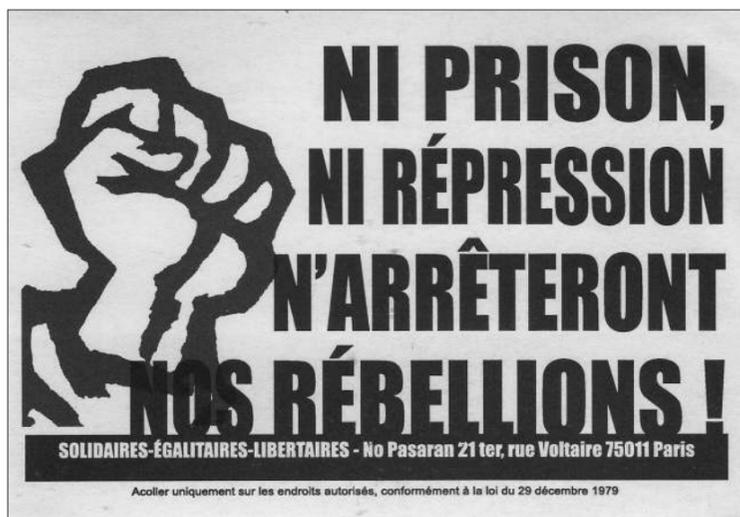
Was das Wahlergebnis betrifft: Es ist manchmal sehr schwierig, die Motivation derjenigen zu verstehen, welche den Stimmzettel in die Urne legen, weil bei ihrer Wahl - man muss es leider so sagen - wenige politische Überzeugungen zugrunde liegen. Eine Sache ist klar: Der FN verliert, zumindest zurzeit. Er verlor für wichtige Bevölkerungsgruppen an Attraktivität, sei es als Verteidiger von Ordnung und Arbeit - Sarkozy wirkt in diesem Punkt für viele glaubwürdiger - oder als Antisystempartei - das Ansinnen von Marine Le Pen, den Ruf der Partei zu verbessern, brachte bis jetzt mehr Probleme, als es den Wählerkreis erweitert hätte. Nun, auf die Frage zur Zukunft des FN lautet meine Antwort: Wir werden es sehen. Eines ist sicher: Es ist wichtig, den FN weiterhin zu beobachten, weil das Terrain, auf welchem er gewachsen ist, weiterhin fruchtbar ist. Wenn die Seifenblase Sarkozy platzt, wäre der FN nicht der letzte der davon profitieren würde.

Welche rechtsextremen Gruppen existieren neben dem FN?

Was immer eine Eigenart des FN war, auch wenn es heute weniger der Fall ist, ist seine Kapazität, alle rechtsextremen Tendenzen, von den ultra-reaktionären fundamentalistischen Katholiken bis zu den faschistischen Neuheiten zu absorbieren. 1999 erlebte der FN eine wichtige Spaltung. Bruno Mégret, die damalige Nummer 2 des FN, gründete mit mehr als der Hälfte des FN-Kaders eine eigene Partei, die MNR. Diese kennt heute niemand mehr. Auf der parlamentarischen Ebene bleibt der FN der einzige Vertreter seiner «Familie».

Daneben gibt es einige weitere rechtsextreme Gruppierungen, wobei die Bewegung «des Identitaires» die wichtigste ist. Hier ist wichtig anzumerken, dass die Nazi-Skinhead-Szene in Frankreich sehr klein ist. Es gibt nur einige hundert Kahlgeschorene, welche zudem noch schlecht organisiert sind, trotz der vielen Konzerte im Elsass. Dies lässt Platz für andere Gruppierungen, welche sich als Folklore-Nazis profilieren wollen. Die Leute der Recherche-Antifa «REFLEX», welche uns sehr nahe stehen, haben kürzlich ein Dossier mit dem Titel «La soupe de Vardon» über die wichtigste Gruppe in der «Identitaires»-Bewegung, der «Jeunesse identitaire», erstellt: <http://reflexes.samizdat.net>.

Anzufügen ist, dass rund um den Autor Alain Soral eine Gruppe mit dem Namen «Égalité & Réconciliation» («Gleichheit und Versöhnung») existiert. Es ist eine Gruppe, welche unterschiedlichste Rechtsextreme vereint, die als gemeinsamer Nenner den Antisemitismus haben. Sie hält sich bereit, das Erbe des FN anzutreten, wenn Le Pen verschwindet. Weiter gibt es fundamentalistische Katholiken, welche autonom vom FN aktiv sind. Sie organisieren vor allem Aktionen gegen Abtreibungen. Auch die fundamentalistischen jüdischen und moslemischen Strömungen gilt es zu überwachen, da gerade eine mehr oder weniger gelungene Annäherung an die «traditionellen Strukturen» der Extremen Rechten stattfindet. Für uns AntifaschistInnen ist es wichtig, diese Strukturen genau zu beobachten und sich ihnen entgegen zu stellen, wenn nötig auch körperlich, selbst wenn von ihnen derzeit keine grosse Gefahr ausgeht. Es ist jedoch leider klar, dass der Chauvinismus dieser Cliquen und alle Formen von Autoritarismus eine rosige Zukunft haben.



Ein Thema des Präsidentschafts-Wahlkampfes von Nicolas Sarkozy war die Migration. Wie ist die Situation der AusländerInnen, mit oder ohne Papiere in Frankreich?

Die Situation der Sans-Papiers in Frankreich wird immer katastrophaler. Dies zeigen mehrere Vorfälle, bei welchen Sans-Papiers sich in Gefahr begeben haben oder sogar gestorben sind, um den immer zahlreicher werdenden Polizeikontrollen zu entkommen. Die Immigrationspolitik folgt seit einiger Zeit nur einer Logik: Das Ziel ist es, jeden Monat eine immer höher werdende Anzahl Personen auszuschaffen, ohne dass diese Politik auch nur begründet würde. Immer neue Gesetze werden beschlossen: So wird der Familiennachzug in Frage gestellt, und die administrativen Hürden für Ausschaffungen werden abgebaut. Der Druck auf die Polizei, immer mehr Sans-Papiers zu erwi-

seil de Résistance» eingeführt und bildet den Sockel des heutigen Sozialversicherungssystems in Frankreich. Sarkozy will gemeinsam mit den Arbeitgebern dieses System durch ein System von privaten Versicherungen ersetzen. Es ist eine antisoziale Offensive sondergleichen, welche zurzeit in Frankreich läuft. Der Kampf der Eisenbahner ist eine Fortsetzung der Kämpfe von 2003. Sie wehren sich nicht nur für sich, sondern gegen alle liberalen Angriffe auf «unser» Sozialsystem, welches zwar weit weg von einem perfekten System ist, aber immerhin gerechter als die geplanten Reformen. Aber der Kampf ist inzwischen verloren, auch weil die Chefs der grossen Gewerkschaften diejenigen, die eigentlich noch weiter kämpfen wollten, an den Arbeitgeberverband verraten haben. Bei den Studentenprotesten, welche sich gegen die vollständige Liberalisierung der Universitäten richtete, sieht



«Wir sitzen in einem brennenden Boot»

Rassismus und Neofaschismus in Russland

Vera Kirsanova aus Moskau, die Autorin des folgenden Textes, vergleicht die Situation in Russland mit einem brennenden Boot: «Wir sitzen in einem brennenden Boot, und niemand weiss, ob es langsam oder rasant sinken wird oder wir in der Lage sein werden, es zu retten.» Damit spielt sie auf die gesamtgesellschaftlichen Probleme mit Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus an, die immer stärker sichtbar werden und die für Ausgegrenzte in Russland mittlerweile zur alltäglichen Lebensbedrohung geworden sind.

Bereits in der Sowjetunion waren Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus in Staat und Gesellschaft weit verbreitet. Dramatisiert hat sich die Situation seit den Propagandaoffensiven des ehemaligen Präsidenten Vladimir Putin und dessen Krieg gegen Tschetschenien – verbunden mit einer rassistischen Hetzpropaganda und dem militärischen Appell an den nationalen Zusammenhalt. Die Früchte dieses ausgeprägten Nationalismus und der extremen Fremdenfeindlichkeit wurden in den letzten Jahren immer deutlicher erkennbar: Rassistische Morde, brutale Übergriffe gegen MenschenrechtsbeobachterInnen und eine Gesellschaft die weitgehend wegschaut. Laut einer jüngsten Meinungsumfrage in der russischen Bevölkerung befürworten 55 Prozent der Befragten den Slogan «Russland den Russen». Zwar machen Neonazis, verglichen mit der Gesamtbevölkerung, ein marginale Zahl aus. Stellt man die Aktivitäten der Neonazis allerdings in den Kontext dieser Meinungsumfragen wird das Rassismusproblem in Russland in seiner Vielschichtigkeit erkennbar. Zusätzlich zum latent vorhandenen Rassismus lässt sich auch eine rasante Zunahme neonazistischer Gewalt feststellen – jährlich um rund 20 Prozent.

Wöchentlich ein Toter

In Russland haben «hate crimes» – damit sind Verbrechen gemeint, die aus Hass und rassistischen Vorurteilen begangen werden – gegen ethnische, religiöse oder nationale Minderheiten stark zugenommen. Offizielle Zahlen existieren nicht. Die Moskauer Menschenrechtsorganisation «SOVA Centre for Information and Analysis» recherchiert und dokumentiert solche Verbrechen. Ihre Zahlen sind alarmierend: 2005 wurden 31 Morde und 413 Angriffe registriert; 2006 waren es 54 Morde und 540 Angriffe; im letzten Jahr recherchierten sie 59 Morde und 581 Angriffe. Hinzu kommt eine Dunkelziffer von «hate crimes», die, wenn überhaupt, erst Wochen oder Monate nach dem Ereignis in Erfahrung gebracht werden können.

Die polizeilichen und juristischen Reaktionen der Behörden auf «hate crimes» sind schleppend. Ihre Motivation zur Aufklärung solcher Verbrechen und zur Bekämpfung von rassistischer Gewalt ist gering. Abgesehen von einigen Verurteilungen kam es bei einer Vielzahl von Strafprozessen wegen rassistischer Morde zu Freisprüchen. So auch am 17. Oktober 2007: Dreizehn Rechtsextreme, die für die Ermordung des 20-jährigen vietnamesischen Studenten Vu An Tuan angeklagt worden waren, kamen auf freien Fuss. Auch die rassistischen Motive bei der Tat wurden vom Gericht nicht anerkannt. Ein Sachverhalt, dem MenschenrechtsbeobachterInnen immer wieder begegnen: Regelmässig werden Anklagen und Strafen für Hooliganismus – einem vergleichsweise harmlosen juristischen Vergehen – verhängt. Im Fall des 2004 ermordeten 9-jährigen Khursheda Sultonova wurde von den acht Beschuldigten nur einer wegen rassistischem Mord angeklagt. Bei den Restlichen lautete die Anklage «Hooliganismus».

Die letzten Jahre haben zudem gezeigt, dass neonazistische Gewalt nicht nur gegen ethnische Minderheiten, sondern auch gegen alternative Jugendliche (wie Punks, Emos, Redskins usw.) und politische Gegner wie Antifas oder MenschenrechtsbeobachterInnen gerichtet ist. Am 16. April 2006 wurden der 19-jährige Antifaschist Aleyander Ryukhin und sein Freund auf dem Weg zu einem Punk-Konzert grundlos attackiert. Ryukhin wurde erstochen, sein Freund überlebt glücklicherweise. Im Juni 2007 wurden deswegen drei Nazi-Skinheads, Angehörige der neonazistischen Slavic Union, wegen vorsätzlichem Hooliganismus und leichter Körperverletzung zu 4,5 bis 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Drei weitere Personen werden noch gesucht.

Am 13. Oktober 2007 wurde das Ska-Punk-Festival «Music of the Streets» das Ziel mehrerer Neonaziangriffe. Eine Gruppe von 15–20 Neonazi-Skinheads attackierten Besucherinnen und Besucher mit Metallstangen. Zudem konnte ein Sprengsatz von Sicherheitsleuten frühzeitig aus den Räumlichkeiten entfernt werden. Zwei Tage später übernahmen St. Petersburger Nationalsozialisten die Verantwortung für den Bombenanschlag und die Angriffe und drohten mit weiteren Anschlägen auf alternative Jugendliche.

Auch Personen, die sich beruflich mit Themen wie Rassismus und Rechtsextremismus beschäftigen, sind gefährdet. Die 59-jährige Ethnologin Valentina Uzunova wurde am 19. Juni 2007 von unbekanntenen Personen tätlich angegriffen und musste sich in Spitalbehandlung begeben. Sie ist als Leiterin der Minority Rights Commission an der St. Petersburger Scientific Union besonders bedroht. Ihr Vorgänger, Nikolai

Girenke war am 19. Juni 2004, also genau drei Jahre vorher, an der Tür seiner Wohnung in St. Petersburg erschossen worden. Girenke war in unterschiedlichen Gerichtsfallen zu extremistischen Gruppen als Experte tätig gewesen.

Dies sind jüngere und publik gemachte Beispiele von «hate crimes», die in Russland täglich geschehen und durchschnittlich jede Woche ein Menschenleben fordern. Meistens unbemerkt von der (medialen) Öffentlichkeit.

Neonazis als (Sturm-)Spitze des Eisbergs

Die Anzahl von aktiven Neonazis bewegt sich in Russland zwischen fünfzig bis siebzig Tausend. Darunter befinden sich solche, die ideologisch gefestigt sind und täglich durch Gewalttaten auffallen, aber auch solche, die sich als «unpolitische» Mitglieder einer Jugendsubkultur verstehen. Diese unorganisierten und gesellschaftlich marginalisierten Gruppen, manchmal nur aus zwei bis drei Leuten bestehend, mögen für eine Vielzahl von Morden und Angriffen verantwortlich sein.

Wie unorganisiert diese Neonazis auch sein mögen, einige Einzelpersonen und Organisationen versuchen mehr oder weniger erfolgreich, das gewalttätige Potenzial der Nazi-Skinheads für die eigenen Ziele zu nutzen. Bekanntestes Beispiel für solche Allianzen ist der ehemalige Duma-Abgeordnete Nikolai Kuryanovich. Noch während seiner Amtszeit lud er bekannte Neonazis aus dem «Westen» ein, startete die skandalöse Kampagne gegen russische Frauen die mit Ausländern verheiratet sind, nahm an rechtsextremen Demonstrationen teil und unterstützte Nazi-Skinheads, beispielsweise diejenigen der Slavischen Union (Slavyansky Soyuz, SS). Deren Führer, Dmitry Demushkin, begrüßte Kuryanovich mit dem Hitlergruss.

Strategie der Pogrome

Gezielt schüren rechtsextreme Organisationen seit 2007 gesellschaftliche Konflikte zu «Massenunruhen» und Pogromen. Mit solchen Aktivitäten werden neonazistische und nationalistische Ziele massentauglich gemacht. Inspiriert wurden die Rechtsextremen durch Vorfälle in der Stadt Kondopoga, die sich im Jahr 2006 ereignet hatten. Damals endete ein gewöhnlicher Konflikt, der in einer Bar seinen Anfang genommen hatte, in Pogromen und in der Vertreibung von Tschetscheninnen und Tschetschenen aus der Stadt. Die nationalistische Propaganda nutzte damals den Kneipenvorfall zur Hetze gegen ethnische Minderheiten. Der damit geschürte Hass entlud sich bei breiten Bevölkerungsschichten in gewalttätigen Übergriffen auf tschetschenische Nachbarin-

nen und Nachbarn. Solche Ereignisse fallen nicht vom Himmel; sie setzen ein hohes Mass an bereits vorhandenen, rassistischen Ressentiments in der Bevölkerung voraus.

Insbesondere die Mitglieder der Organisation «Bewegung gegen illegale Immigration» (Dvizhenie protiv nelegalnoj immigratsii, oder DPNI) versucht, das Exempel von Kondopoga in anderen Städten zu wiederholen. Der «erfolgreichste» Versuch ereignete sich in Stavropol Krai zwischen Mai und Juni 2007. Am 24. Mai entwickelte sich ein alltäglicher Konflikt zu Massenausschreitungen, die zu rassistischen Spannungen, Panik und breit gestreuten Gerüchten über getötete Russen und angebliche Brandstiftungen durch «Kaukasier» führten. Es sollen bis zu 200 Leute an den Kämpfen teilgenommen haben, wobei ein Tschetschene ums Leben gekommen ist. Die Situation verschlimmerte sich noch, als am 3. Juni zwei Studenten getötet wurden – angeblich von «kaukasischen Männern». Lokale rechtsextreme Gruppen mobilisierten, unterstützt von ausserhalb, im Speziellen von der DPNI und der «Russian All-Nation Union» (Russky Obshchenatsionalny Soyuz oder RONS) für eine Massenveranstaltung, die am 5. Juni geplant war. Die TeilnehmerInnen des rassistischen Aufmarsches wurden von der Polizei kontrolliert. Ein Aktivist der lokalen RONS kam in Haft und wurde wegen Anstiftung zu Rassenhass angeklagt.

Ein weiterer wichtiger Anlass für rechtsextreme Mobilisierungen war der «Russische Marsch» vom 4. November, an dem von den Russischen Behörden neu erfundenen Feiertag namens «Tag der Einheit der Völker» (The Day of Peoples Unity). In Moskau nahmen an diesem Marsch im Jahr 2007 rund dreitausend

Rechtsextreme teil, unter ihnen viele Nazi-Skinheads. Mindestens ein Drittel der TeilnehmerInnen waren Mitglieder der «Nationalsozialistischen Gesellschaft» (Natsional-Sotsialisticheskoe Obshchestvo, NSO), einer der bekanntesten und gewalttätigsten Organisationen. Dieser Anlass ist nicht nur ein rechtsextremes Ausflugsziel, sondern führt auch zur Konsolidierung von neonazistischen und nationalistischen Kräften. Ansonsten ist die extreme Rechte stark zerstritten und beschuldigt sich gegenseitig der Spionage für Geheimdienst und Polizei.

Reaktionen der AntifaschistInnen

Die antifaschistische Bewegung in Russland wächst im Moment sehr schnell. Neben kleinen Gruppen und Einzelpersonen, die seit mehr als zehn Jahren aktiv sind, hat sich in den letzten drei Jahren eine antifaschistische Bewegung, oft mit militantem Charakter, entwickelt. Antifas sind in Russland täglich an Leib und Leben bedroht. Hinzu kommt, dass sie von breiten Gesellschaftsschichten ausgegrenzt werden. Nicht zuletzt aufgrund der omnipräsenten Bedrohung wird deshalb vor allem die Strategie der direkten Aktion verfolgt. Diese ist in gewissen Situationen sicherlich nützlich, es darf aber nicht nur bei dieser Aktionsebene bleiben. Was es braucht, ist der Aufbau einer breiter abgestützten Gegenkultur, die positive Impulse setzt. Dies setzt aber auch ein Nachdenken über das eigene Tun einer relativ jungen Bewegung voraus.

Vera Kirsanova, Moscow

Was du tun kannst

Neben Kampagnen zur Sammlung von Geld für die russischen Antifas gibt es noch andere Wege, Solidarität zu zeigen. Verbreitet Informationen, erstellt Flugblätter, schreibt über die Situation in Russland in euren Blogs, organisiert Demonstrationen, schreibt an russische Antifas, um diese zu stärken, oder kommt nach Russland und startet ein Projekt zusammen mit einer der russischen Gruppen oder Organisationen.

Weiter Informationen findet ihr auf der englischen Seite des SOVA Center for Information and Analysis: www.xeno.sova-center.ru.





Kurzmeldungen

Ein Blick zurück

Schwarze Schafe legen sich quer

Am 6. Oktober 2007 wollte die Schweizerische Volkspartei (SVP) zur Krönung ihres reisserischen und rassistischen Wahlkampfes unter dem Motto «Marsch nach Bern» durch die Stadt Bern ziehen. Die SVP rief mit ihrem Vorhaben zahlreiche GegnerInnen auf den Plan: So protestierte das Komitee «Das schwarze Schaf» mit einer Gegenkundgebung auf dem Münsterplatz, verschiedene autonome und antifaschistische Gruppen ihrerseits riefen zu direkten Aktionen auf.

Auf dem Münsterplatz fand ab Mittag ein gut besuchtes Fest gegen Rassismus statt. Zwischen den Konzerten gab es diverse Redebeiträge und Statements. Währenddessen kam es zu verschiedenen, zum Teil militanten Aktionen gegen den Aufmarsch der SVP. Der Widerstand in der Innenstadt war vielfältig und effektiv: Die SVP musste ihre Abschlusskundgebung schliesslich beim Bärengaben abhalten, der Gang auf den Bundesplatz blieb ihr verwehrt.

Bleiberecht jetzt!

Rund 3000 Flüchtlinge und SympathisantInnen haben am 19. April 2008 in Zürich lautstark ein kollektives Bleiberecht für Menschen, welche seit Jahren hier leben, gefordert. Die Demonstranten verlangten ein radikales Umdenken in der aktuellen Asylpolitik. Während in vielen europäischen Ländern ein solches Bleiberecht diskutiert wird oder längst umgesetzt wurde und selbst die EU ihren Mitgliedsstaaten diesen Schritt empfiehlt, findet in der Schweiz nicht einmal eine öffentliche Debatte darüber statt. Dieser Umstand zeigt, wie sehr sich die politischen Parteien in der Schweiz von einer lösungsorientierten Migrationspolitik verabschiedet haben und tatkräftig mitarbeiten an einem System, welches Menschen ausgrenzt und diskriminiert.

Ob nun als papierlose Billiglohnarbeiter, als abgewiesene Flüchtlinge oder als vorläufig Aufgenommene: Es kann nicht sein, dass Menschen über zehn Jahre in einem Dauerprovisorium hier leben müssen. Dieser Zustand macht krank und ist inakzeptabel! Beim Abstimmungskampf um das neue Asylgesetz wurde versprochen, dass anhand der Härtefallregelung ein Instrument geschaffen wird, welches eine geregelte Aufenthaltsbewilligung für Menschen ermöglicht, die schon Jahre hier leben. Der Kanton Zürich beispielsweise ignorierte bis anhin diese Massnahme - in keinem anderen Kanton der Schweiz wird die Härtefallregelung so restriktiv umgesetzt. Die angenommenen Gesuche können an einer Hand abgezählt werden.

8. März – internationaler Frauentag

Unter dem Motto «Frauen, die kämpfen, sind Frauen, die leben!» versammelten sich am 8. März 2008 rund 500 Frauen auf dem Hechtplatz in Zürich, um den internationalen Frauentag kraftvoll und kämpferisch zu feiern. Der Parole wurde auf vielen Bildern von berühmten und unbekanntenen Kämpferinnen Ausdruck verliehen: «Damit wollen wir die vielen Frauen sichtbar machen, die gestern und heute, hier und international gekämpft haben und kämpfen.» Nach der Eröffnungsrede zur Geschichte und Bedeutung des 8. März ging die Demonstration via Limmatquai zum Helvetiaplatz. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass weltweit Frauen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen, nicht nur am 8. März.

Bern: Doch ein 1.-Mai-Umzug

In Bern haben die Gewerkschaften den 1.-Mai-Umzug aufgrund des Auffahrtstages kurzerhand abgesagt. Deshalb hat sich ein gewerkschaftsunabhängiges 1.-Mai-Bündnis gebildet und zur Demo aufgerufen. Rund 200 Personen beteiligten sich am frühmorgendlichen Gang durch die Altstadt. An der offiziellen Platzkundgebung mit den Gewerkschaften nahmen rund 500 Leute teil. Als der SP-Stadtpräsident Alexander Tschäppät seine Rede hielt, wurde er ausgepiffen und mit Wasserballonen beworfen. Es formierte sich eine weitere Demo - weg von der Kundgebung, ab durch die Berner Innenstadt.

Zürich: 1. Mai am 1. Mai

In Zürich nahmen rund 10'000 Personen an der offiziellen Grossdemonstration durch die Zürcher Innenstadt teil. Im Anschluss an die Demo fand ein vom Bündnis «1. Mai am 1. Mai» organisiertes Konzert, u.a. mit den unverwundlichen «UK Subs», statt. Das Areal wurde hermetisch von der Polizei abgeriegelt. Vor Konzertbeginn stürmten Polizeigrenadiere den Platz und kontrollierten die rund 1000 Anwesenden. Mit einer massiven Polizeipräsenz waren auch die rund 2000 Personen auf dem Helvetiaplatz konfrontiert, die ebenfalls die Konzerte hören wollten, aber nicht auf das Areal gelassen wurden. Zu einem gravierenden Zwischenfall kam es an der Dienerstrasse, als ein Autofahrer in eine Menschenmenge fuhr und dabei zwei Menschen schwer verletzte.



Internationaler Spendenaufruf für AntifaschistInnen in Russland

In den letzten Jahren hat in Russland die Zahl der Morde durch militante Neonazis erheblich zugenommen. Sowohl MigrantInnen als auch AntifaschistInnen sehen sich mit einer zunehmenden Gefährdung ihres Lebens durch Nazi-Skins und Co. konfrontiert. All dies vor dem Hintergrund eines Staates, der dem Treiben der Neonazi-Szene weitgehend untätig zusieht, und alle Gewalttaten mit einschlägigem Hintergrund als «Hooliganismus» abtut. Doch es geht noch schlimmer: Mittels eines Extremismusgesetzes, das im Juni 2006 verabschiedet worden ist, geht man genau gegen diejenigen vor, die aktiv antifaschistisch tätig sind.

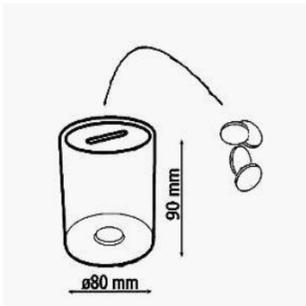
Die Situation für Menschen, die sich abseits des Mainstreams bewegen, wird immer schwerer und gefährlicher. Solidarität ist Pflicht! Geld ist nicht alles, aber es kann den AktivistInnen helfen, Flugblätter zu produzieren, Kampagnen zu machen und AnwältInnen zu bezahlen.

Die Antifa Bern sammelt gemeinsam mit dem internationalen Netzwerk «Antifa-Net» Spenden für die AntifaschistInnen in Russland. Spenden können auf das (Spenden)-Postkonto: **84-472259-7 Vermerk Russland** überwiesen werden.

Herzlichen Dank!

Kapital dem Kampf!

Zaster, Kohle, Money... Auch wir kommen leider nicht ohne aus. Das Magazin Lautstark!, die Website, Flyer, Flugis und die Aufrechterhaltung unserer Infrastruktur müssen bezahlt werden. Deshalb sind wir auch über finanzielle Solidarität dankbar!



(Spenden)-Postkonto: 84-472259-7
Vermerk: Spende
Oder einfach Geld in ein Kuvert packen und an folgende Adresse schicken: Antifa Bern, Postfach 5053, 3001 Bern

Lieben Dank allen SpenderInnen!

Soliabo

Das «lautstark!» kann auch abonniert werden. Schicke Fr. 20.- an:

Antifa Bern
Postfach 5053
3001 Bern

Und du erhältst die nächsten drei Antifa-Zeitungen bequem in deinem Briefkasten.

Impressum:

Redaktion, Bilder und Layout:
Antifa Bern
Auflage: 6000 Stück.
Das «lautstark!» erscheint dreimal jährlich.
Erscheinungsdatum: 15. Juli 2008

Kontakt: Antifa Bern,
Postfach 5053, 3001 Bern
Web: www.antifa.ch
E-Mail: info@antifa.ch